

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 zł.  
monatl. 4.80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 zł. Bei  
Postfzug vierteljährl. 16.16 zł., monatl. 5.39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł.  
Danzig 3 Gld. Deutschland 2.50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr. Dienstags- und  
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-  
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einvalige Millimeterzeile 15 Groschen, die einvalige  
Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 10 Dz. Pl.  
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-  
vorrichtung und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur  
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erlösen der  
Anzeigen am bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postleitzahlen: Polen 202157 Danzig 2528. Stettin 1917

Nr. 272.

Bromberg, Mittwoch den 25. November 1931.

55. Jahrg.

## Macht oder Vernunft im Donauraum.

Von Arthur Kornhuber - Wien.

Es schwieriger sich durch die immer ernster werdende Finanzkrise neben der allgemeinen Wirtschaftslage auch die gegenseitigen Handelsbeziehungen der Staaten im unteren Donauraum gestalten, je anarchistischer mit Devisenverordnungen und mit wirtschaftlichen Ausnahmeverständnissen im Kampf um die Aktivierung der Handelsbilanz sich die Wirtschaftspolitik von der ehemaligen Verbundenheit zur Autarkie entwickelt, desto lauter erönt naturgemäß auf der anderen Seite der Ruf nach der wirtschaftlichen Annäherung und Vereinigung der Nachfolgestaaten. Der Budapests Universitätsprofessor und Bankdirektor Dr. Clemens Hantos, der noch vor wenigen Monaten in seiner ungarischen Heimat mit seinen Donauföderationsplänen kaum ernst genommen wurde, kann sich heute rühmen, einen Großteil der ungarischen Wirtschaft, vor allem aber die Handels- und Gewerbetreibenden, in seinem Lager zu sehen, selbst der ehemalige ungarische Handelsminister und Außenpolitischer der Bethlenschen Einheitspartei Baron Sáternyi bekannte zu integralen Lösungen im Donauraum und hat erst vor vierzehn Tagen in einem großangelegten Vortrag Propaganda für eine ungarisch-österreichische Zollunion gemacht, und auf tschechischer Seite schließlich sind die Dinge schon soweit gediehen, daß auf der dieser Tage stattgefundenen Generalversammlung des Mitteleuropa-Instituts in Brünn der frühere tschechische Handelsminister Dr. Rudolf Hotokevich Verhandlungen über eine demnächst nach Brünn oder Preßburg einzuberuhende mitteleuropäische Wirtschaftstagung geführt hat, an der die interessierten Regierungen aktiv teilnehmen sollen.

So sehr verschieden alle diese Pläne untereinander sind, so rechnen sie doch bezeichnenderweise alle mit zwei festen Faktoren. Der eine ist die Ausschaltung Deutschlands aus allen Kombinationen, die zur Diskussion stehen, und der andere die Hinzuziehung Österreichs, womit eigentlich erwiesen ist, daß die politischen Nebenabsichten in diesen angeblich reinen Wirtschaftsplänen tschechisch-französischer Obszanz eine sehr bedeutende Rolle spielen. Österreich verkörpert in sich, obwohl es klein ist und auch an sich wirtschaftlich keineswegs eine große Rolle spielt, geopolitisch, ökonomisch und geographisch die Drehscheibe Europas, und wohin Österreich sich wendet, an welcher Kombination zur unabwendbaren Lösung des mitteleuropäischen Wirtschaftsproblems es teilnimmt, ist entscheidend für die Frage, wem die Vormachtstellung im Donauraum zufällt. Das weiß man natürlich nicht nur in Prag, sondern auch in Paris und Rom, und deshalb gab es hier an der Donau seit dem Kriegsende eigentlich keine größere Sorge der Kriegsgewinner, als den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland zu verhindern, andererseits aber Österreich für ausgesprochen antideutsche Bündnisse und Lösungen zu fördern, wie es beispielweise die Kleine Entente wiederholt versucht hat. Der erbitterte Kampf gegen den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion und die Aufrégung, die er verursachte — in einer Woche wurde über diese Zollunion in der WeltPresse mehr zusammen geschrieben als in einem halben Jahre über den Pan-europa-Plan des Herrn Briand — ergeben sich aus dieser Tatsache und sind eine Erklärung für die große Bedeutung, die man Österreich seitens der interessierten Großmächte als Drehscheibe, wie wir schon sagten, oder — wenn man so will — als Wegbereiter nach den südostlichen Absatzmärkten neben seiner eigentlichen politischen Vorderanstand billigt.

Die Frage erhebt sich nun, ob Österreich — von staatsfinanziellen und wirtschaftlichen Sorgen bedrückt, wie nie zuvor — imstande sein wird, den mit Unterstützung des großmächtigen französischen Finanzkapitals arbeitenden tschechischen Hegemonieplänen in Mitteleuropa auch jetzt noch jenen unabänderlichen Widerstand entgegenzusetzen, der bisher eine Selbstverständlichkeit darstellte. Die beiden außenpolitisch bisher in Österreich entscheidenden Männer, Prälat Seipel und Außenminister Dr. Schöber, waren in dieser Hinsicht stets über alle Zweifel erhaben gewesen. Seipel hat gegenüber den Einladungen der kleinen Entente, die vor einer Reihe von Jahren der Süßslawische Außenminister verdolmetschte, klar und deutlich geantwortet: Keine Lösung ohne Deutschland, und er hat auch noch im Herbst 1927 auf das erste tschechische Angebot dieser Zollunion dem damaligen französischen Gesandten in Wien, der von Herrn Benesch vorgezeichnet worden war, einen ablehnenden Bescheid erteilt. Schöber wiederum hat verlaut, die Zollunion mit Deutschland durchzufechten, er befindet sich parlamentarisch mit den Großdeutschen in einem Block und hat sich als nach Berlin orientierter österreichischer Außenminister so festgelegt, daß es als ausgeschlossen gelten kann, daß von ihm ein anderer außenpolitischer Kurs eingeschlagen werden könnte, als der der Wegebereitung Deutschlands nach dem Süddolen. Viel bedenklicher erscheint, daß hente jener nicht unbedeutende Kreis christlichsozialer Politiker um Seipel herum, der immer schon anschaulich war, inzwischen auch seinen Standpunkt der unabdingten Aufrechterhaltung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs durch Befolgung einer semi-

nen“ Außenpolitik aufgegeben zu haben scheint und in der Auseinandersetzung an Frankreich sowie in legitimistischen und Donauförderungsplänen das Heil Österreichs erblickt. Diese Tatsache, unterstützt durch entsprechend würdevolle Artikel nicht nur in den Wiener Neuesten Blättern, sondern sogar im Neuen Wiener Journal, im Neigungsweltblatt, der Freiheit und charakteristischer Weise auch im offiziellen Parteidorgan der Christlichsozialen, erfährt ihre Ergänzung auch durch den Umstand, daß die tschechischen Pläne außer in den großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“ und der nationalsozialistischen „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung“ in keiner Wiener Zeitung ihre Zurückweisung gefunden haben. Von sämtlichen Parteien haben bisher auch nur die Großdeutschen in einer öffentlichen Erklärung die schärfste Verwahrung gegen irgendwelche Versuche eingelegt, das deutsche Volk in Österreich für antideutsche Lösungen zu gewinnen.

Auch ist Wien nicht Österreich, und da in den Alpenländern Österreichs ein ganz anders gearteter, in nationaler Hinsicht überzeugungstreuer Volksstamm lebt, ein viel fernigeres Deutschland als in der Metropole, so wird man gewisse pessimistische Schlussfolgerungen, die die Lage von Wien aus gesehen, zweifellos bietet, nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Es wäre überdies daran hinzurufen, daß der jetzt diskutierte Plan eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn oder nur zwischen der Tschechoslowakei und Österreich allein die für den Donauraum wichtigste ökonomische Begründung vermissen läßt: das ist die Rücksichtnahme auf das primäre Agrarproblem der Südost-Staaten. Noch vor einem halben Jahre stand diese Frage im Vordergrunde des Interesses und die Notwendigkeit integraler Lösungen im mitteleuropäischen Raum wurde in erster Linie unter dem Gesichtspunkt verfochten, daß es unmöglich sei, für die überschüssigen Agrarprodukte Ungarns, Rumäniens, Süßslawiens und Bulgariens auf der Austauschbasis Getreide gegen Industrieprodukte Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Wer spricht heute noch davon?

Etwas die Herren in Prag, die ihren Staat je nach schlauem Gedanken einmal als Industrie- und ein andermal als Agrarstaat deklarieren? Der Ausfuhrüberschuss der eben-nannten vier unteren Donaustaaten an Weizen, Roggen, Mais, Hafer und Gerste beträgt im Durchschnitt 37 bis 48 Millionen Doppelzentner, je nach dem Ausfall der Ernte; die Tschechoslowakei kann davon im besten Falle 7.5 bis 8.5 Millionen Doppelzentner abnehmen, und mit Österreich zusammen beträgt der Einfuhrüberschuss dieser beiden Staaten 14 bis 17 Millionen Doppelzentner, während Deutschland an diesen Getreidesorten aus dem Auslande jährlich allein 45 bis 70 Millionen und mit Österreich zusammen 51 bis 78 Millionen Doppelzentner einzuführen gezwungen ist. Das war und das ist noch heute die unantastbare Stärke der deutschen mitteleuropäischen Wirtschaftskonzeption und seiner Stellung gegenüber allen anderen dilettantischen Versuchen, das was man einmal mutwillig zerstört hat, nach 18 Jahren nationalwirtschaftlichen Auseinanderentwickelns der Nachfolgestaaten und einer vollständigen Verschiebung aller ökonomischen Grundlagen im Donauraum, wieder zusammenzuflicken.

Nach unserer Meinung kann es in Mitteleuropa nur neue Lösungen geben, kann der notwendige Aufbau nur vor sich gehen, wenn wir mit der Mentalität einer vergangenen Zeit aufräumen und das von Frankreich mit seinen letzten Kräften verteidigte System der Unterscheidung von Nationen minderen Rechtes zusammenbrechen. Deutschland muß unter allen Umständen seine volkspolitisch und wirtschaftlich begründete Stellung den Lauf der Donau hin-auf bis zum Schwarzen Meer zu halten trachten, und es ist zweifellos dazu imstande, wenn die notwendige außenpolitische Klarheit geschaffen wird. Daß diese Entwicklung vor allem auch im Interesse der südöstlichen Agrarstaaten liegen würde, darüber sind sich diese unter französischer Zinsknechtshaft wirtschaftlich verblutenden Länder wohl auch heute schon im klaren, nur sind sie nicht stark genug, dem irgendwie Ausdruck zu verleihen.

## Japan bereitet eine Gegenoffensive vor.

Mukden, 24. November. Die japanische Armee bereitet sich zu einer großen Gegenoffensive in der Richtung auf Tschinktau vor. Die Truppen werden mit großer Beschleunigung umgruppiert, so daß auf den Eisenbahnen jeglicher Verkehr für die Zivilbevölkerung ruht. Eine der Operationsbasen der Japaner ist das Ufer des Flusses Liao, wo größere Abteilungen konzentriert sind.

Es herrscht die Überzeugung, daß, sofern die Verhandlungen über einen Waffenstillstand sich zerschlagen sollten, die umgruppierte japanische Armee zu einer großen Gegenoffensive ausholen wird, um die unter dem Befehl des Generals Ma stehende chinesische Armee endgültig zu sprengen.

## Die Verluste in der Schlacht am Nonni-Fluß.

Tsitsikar, 24. November. Der Spezialkorrespondent der „United Pres“ hatte eine Unterredung mit dem japanischen Kommandanten der Stadt Tsitsikar, der u. a. erklärte, daß trotzdem die Chinesen zahlenmäßig viermal stärker waren, als die Japaner, sie in der Schlacht am Nonni-Fluß dennoch sehr bedeutende Verluste erlitten haben, während die japanischen Verluste verhältnismäßig gering sind. Der Kommandant weiß nicht, ob die Sowjets den Chinesen geholfen haben, doch der japanischen Generalität ist es aufgefallen, daß die chinesische Artillerie zielssicherer geschossen hat, als ob sie von Europäern geleitet worden wäre. Bei Agantschi wurde eine aus 20 Mann bestehende japanische Patrouille in einer Bauernhütte von einer chinesischen Kavallerie-Abteilung umzingelt. Die Chinesen stießen die Hütte in Brand, so daß die ganze Patrouille mit Ausnahme einer Person lebend verbrannte.

### Neuer Außenminister in China.

Ranking, 24. November. Wellington Koo ist zum Leiter des Außenministeriums an Stelle des zurückgetretenen Ministers Wang ernannt worden. Koo war seinerzeit der Vertreter Chinas bei der Englischen Regierung.

## Chinesisches Memorandum an den Völkerbund.

Paris, 24. November. (PAT) In einem gestern dem Völkerbundrat überreichten Memorandum erklärt sich China grundsätzlich mit der Einschaltung einer Untersuchungskommission einverstanden, betont jedoch, daß dieses Mittel lediglich in dem Falle wirksam sein kann, wenn gleichzeitig die Rückführung der befehlt Gebiete durch die japanischen Truppen erfolgt und die Kriegshandlungen eingestellt werden. Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen könne China an dieser Kommission nicht teilnehmen.

## Korsanty in Bromberg.

Bromberg, 24. November.

Am letzten Sonntag war der letzthin im Brest-Prozeß als Zeuge vernommen Senator Korsanty Gast der hiesigen Christlichen Demokratie, deren gegenwärtiger Vorsitzender er ist. Um 12 Uhr mittags fand im Schürenhaus eine Versammlung statt, die nach dem „Dziennik Bydgoski“, der ausführlich über die Vorgänge berichtet, von Tausenden von Personen besucht war. Angeblich hätten etwa 2000 Personen vor dem Hause umkehren müssen, da für sie kein Platz mehr war. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsteher der Chadecka, Formański, ergriff Korsanty das Wort und führte nach dem genannten polnischen Blatte etwa folgendes aus:

Der gegenwärtige Zeitpunkt, der ausgefüllt ist von internationalen Gefahren, wobei Polen fast孤立iert dasteht, erinnert an die Atmosphäre vor den Teilungen.

Immer dreister streckt der unersättliche Deutsche seine Hand nach Pommern und Schlesien aus, und die kleine amerikanische Figur des Senators Vorah ebnet diesen verbrecherischen Absichten den Weg.

Der Diktator Italiens, Mussolini, spricht immer lauter von der Notwendigkeit der Revision der Friedensvereinbarung, und das sowjetisch-deutsche Bündnis lockert sich sicherlich nicht. In so bedrohlicher Zeit würde jedes Volk bei sich die größte Einheit schaffen und alle Kräfte in Bewegung setzen, um den feindlichen Absichten des Nachbarn zu begegnen. Aber das Sanierungslager denkt, als ob es die Gefahr und Verantwortung nicht führe, lediglich daran, wie es sich die durch Gewalt erlangte Macht sichern könne. Durch das Band geht eine Welle der Enttäuschung.

Man auseinanderstellt an der Kraft und der Zukunft der Nation.

Das Land hat sich in einen wirtschaftlichen Friedhof verwandelt, wenn wir nach Schlesien, nach Lodz, nach dem Kohlenbeden von Dąbrowa oder nach Bromberg schauen. Die Kader der Arbeitslosen wachsen, das flache Land und die Städte verarmen. Man darf nicht sagen, daß dies alles nur der düstere Reflex und die Folgen der allgemeinen Weltkrise sind. Besonders da zur Zeit der günstigen Konjunktur, als die Millionen für die ausgeführte Kohle aus dem Auslande auslossen, die Nach-Mai-Regierungen dies ihrer Umsicht und ihrem Verdienst zuschrieben. Kein gerecht denkender Mensch wird die Schuld an der polnischen Krise zu 100 Prozent der jetzigen Regierung zuschreiben, aber niemand darf auch dies alles zu 100 Prozent der allgemeinen Weltkrise aufschnellen wollen.

Es war leicht zu regieren, so lange es reichlich Geld gab. Aber das Geld brannte den Sanierern auf die Finger wie bei dem sprichwörtlichen alten Kerl, der plötzlich reich geworden ist.

Man warf das Geld nach rechts und links und dachte nicht an die biblische Warnung, daß auf die fetten Jahre auch magere folgen würden. Der rote Erzähler













